

DENISE WIEDEMANN

Vollstreckbarkeit

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

392

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

392

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Denise Wiedemann

Vollstreckbarkeit

Entwicklung, Wirkungserstreckung und
Qualifikation im System Brüssel 1a

Mohr Siebeck

Denise Wiedemann, geboren 1987; Studium der Rechtspflege an der Hochschule Meißen (FH); Studium der Rechtswissenschaften in Leipzig; Master of Law, Lissabon; seit 2015 Wissenschaftliche Assistentin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht; seit 2016 juristischer Vorbereitungsdienst am Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg.

Inauguraldissertation zur Erlangung eines Doktors der Rechte durch die Juristenfakultät der Universität Leipzig.

e-ISBN PDF 978-3-16-155481-0

ISBN 978-3-16-155480-3

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck, Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Ruth und Henry

Vorwort

Die vorliegende Arbeit, im Wintersemester 2016/2017 von der Juristenfakultät der Universität Leipzig als Dissertation angenommen, entstand hauptsächlich während meiner Zeit als wissenschaftliche Assistentin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg. Rechtsprechung und Literatur wurden bis zum Frühjahr 2017 berücksichtigt.

Meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. *Christian Berger*, LL.M., danke ich herzlich für die Betreuung dieser Arbeit und die Erstellung des umfangreichen Erstgutachtens binnen weniger Wochen. Herrn Professor Dr. *Ekkehard Becker-Eberhard* danke ich dafür, dass er das Zweitgutachten ebenfalls binnen kürzester Zeit erstellte. Aus dem Doktorandenkolloquium der Professoren Berger und Becker-Eberhard erhielt ich wertvolle Anregungen für diese Arbeit.

Die Studienstiftung des Deutschen Volkes unterstützte mich während meiner Promotionszeit in finanzieller und ideeller Hinsicht. Sie ermöglichte mir unter anderem einen Forschungsaufenthalt am *Centre de recherche de droit international privé et du commerce international* der *Université Paris II (Panthéon-Assas)*, einen Russischsprachkurs in St. Petersburg und die Teilnahme am Doktorandentreffen in Granada. Herr Professor Dr. *Louis d'Avout*, LL.M., und Frau *Laurence Tacquard* waren mir während meiner Recherchezeit in Paris eine große Hilfe.

Danken möchte ich an dieser Stelle auch Herrn Professor Dr. *Dieter Martiny*, der mir blickschärfende Hinweise für diese Arbeit gab und wissenschaftliche Kontakte für den rechtsvergleichenden Teil vermittelte. *Maria João Fernandes*, Universidade Católica Portuguesa, danke ich für wertvolle Literaturhinweise.

Mein Dank gilt außerdem den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Jürgen Basedow*, LL.M. (Harvard), Herrn Professor Dr. Dr. h.c. *Holger Fleischer*, LL.M. (Univ. of Michigan), und Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. *Reinhard Zimmermann*, für die freundliche Aufnahme der Arbeit in diese Schriftenreihe.

Aus meiner Zeit am Institut für ausländisches und europäisches Privat- und Verfahrensrecht der Universität Leipzig bin ich *Sven Groschischka* und *Stefen Pabst* zu Dank verpflichtet.

Meinen Hamburger Freunden und Kollegen, insbesondere *Andreas Engel*, *Konrad Duden*, *Nina Marie Güttler*, *Eike Götz Hosemann*, *Anika Sonnenberg*, *Jennifer Trinks* und *Dirk Wiegand* danke ich für ihre herzliche, heimwehvertreibende Aufnahme in Hamburg und kritische Diskussionen zu dieser Arbeit.

Die Mühen des Korrekturlesens übernahmen *Christiane Auerbach*, *Ute Naumann*, *Martin Nachtweyh* sowie meine Mutter und mein Bruder. *Janina Jentz* unterstützte mich bei der Formatierung der Arbeit.

Meine gesamte Familie und meine Freunde waren mir stets, so auch während der manchmal turbulenten Promotionszeit, Heimat und Rückzugsort. Namentlich nennen möchte ich *Christiane Auerbach*, die immer ein offenes Ohr für mich hatte, einerlei, ob über den Gartenzaun hinweg oder tausende Kilometer weit entfernt. Mein innigster Dank gebührt meinen Eltern, *Simone* und *Bernd Wiedemann*, sowie meinem Bruder, *Rico Wiedemann*, für ihre, durch nichts zu ersetzende, beständige und liebevolle Unterstützung.

Ottendorf, im Sommer 2017

Denise Wiedemann

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Einleitung.....	1
Teil I: Grundlagen und Entwicklung	11
§ 1 Die Vollstreckbarkeit als Entscheidungswirkung	11
§ 2 Die Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	25
Teil 2: Das neue System der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	67
§ 3 Anwendungsbereich der Brüssel Ia-VO	68
§ 4 Das Vollstreckungsverfahren	85
§ 5 Erstreckung der Vollstreckbarkeit	117
Teil 3: Qualifikation	143
§ 6 Voraussetzung und Methode der Qualifikation	143
§ 7 Auslegung von Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsverfahren	153
§ 8 Vollstreckbarkeit.....	162
§ 9 Vollstreckungsverfahren	254
Teil 4: Friktionen zwischen Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsverfahren	267
§ 10 Anpassung	267
§ 11 Versagung der Vollstreckung	291
Schluss.....	295
Verzeichnisse	299

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Einleitung.....	1
-----------------	---

I. Verfahrensrechtsvielfalt und unmittelbare Vollstreckbarkeit.....	1
II. Fragestellung und Gang der Untersuchung.....	2
III. Untersuchungsmethode.....	2
1. Die klassischen Auslegungsmethoden	3
2. Historie.....	6
3. Verordnungsgenese	7
4. Rechtsvergleichung	8

Teil I: Grundlagen und Entwicklung	11
--	----

§ 1 Die Vollstreckbarkeit als Entscheidungswirkung	11
--	----

I. Die Wirkungsweise gerichtlicher Entscheidungen.....	11
1. Die gerichtliche Entscheidung als Quasikontrakt	11
2. Die gerichtliche Entscheidung als Akt öffentlicher Gewalt.....	12
a) Materiellrechtliche Entscheidungswirkungen	13
b) Prozessuale Entscheidungswirkungen.....	13
II. Wirkungsweise und materielle Rechtskraft	14
1. Prozessuale Rechtskrafttheorien	15
2. Die englische <i>res judicata</i> -Lehre	17
III. Wirkungsweise und Zwangsvollstreckung	20
1. Das römische Zwangsvollstreckungsrecht	20
2. Verschiebung der Vollstreckungszuständigkeit.....	21
3. Die Vollstreckbarkeit als Voraussetzung der Zwangsvollstreckung.....	21
a) Deutschland.....	22
b) Österreich	23

c) Frankreich	24
d) England und Wales.....	25
4. Zusammenfassung	25
§ 2 Die Vollstreckung ausländischer Entscheidungen	25
I. Interessenwandel.....	26
1. Politische Interessen	26
2. Wirtschaftliche Interessen.....	28
3. Schutz individueller Interessen	29
II. Entwicklungsstufen.....	31
1. Quasikontrakttheorie und <i>action of indebitatus assumpsit</i>	31
2. Die Entscheidung als Akt öffentlicher Gewalt	33
a) Territoriale Verslossenheit	33
aa) Grundsatz der Unbeachtlichkeit ausländischer Entscheidungen	33
bb) Notwendigkeit einer echten Zweitklage.....	36
b) Grenzüberschreitende Vollstreckung im Wege der Rechtshilfe.....	37
c) Grenzüberschreitende Vollstreckung bei materiellrechtlicher Entscheidungswirkung	38
aa) Die englische <i>obligation theory</i>	39
bb) Die <i>actio judicati</i>	41
3. Die Entwicklung der Vollstreckbarerklärung.....	42
a) Verfahrensgegenstand	43
aa) Die Vollstreckbarkeit	43
bb) Universelle Wirkung der Vollstreckbarerklärung	44
cc) Verselbständigung der Anerkennung.....	45
b) Verfahrensablauf.....	48
aa) Kontradiktorisches Exequaturverfahren.....	48
bb) Einseitiges Exequaturverfahren	49
c) Prüfungsumfang	50
aa) Die <i>révision au fond</i>	51
bb) Die Abschaffung der <i>révision au fond</i>	52
cc) Straffung der Versagungsgründe	53
4. Die Abschaffung des Exequaturverfahrens	54
a) Unmittelbare Vollstreckbarkeit unionsrechtlicher Titel	56
b) Unmittelbare Vollstreckbarkeit nationaler Titel.....	57
c) Die Neufassung Brüssel Ia	59
aa) Gründe für die Abschaffung der Vollstreckbarerklärung	59
bb) Der Kommissionsentwurf.....	61
cc) Die Endfassung	63
III. Zusammenfassung.....	65

Teil 2: Das neue System der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	67
§ 3 Anwendungsbereich der Brüssel Ia-VO	68
I. Zeitlicher Anwendungsbereich	69
II. Räumlicher Anwendungsbereich	70
1. Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark	70
2. Drittstaatliche Entscheidungen	71
III. Entscheidungscharakter	72
1. Einstweilige Maßnahmen	73
a) Internationale Zuständigkeit in der Hauptsache	74
b) Rechtliches Gehör	74
2. Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	75
a) Grundsatz des fehlenden Entscheidungscharakters	75
b) Nachträgliche Sicherungsmaßnahmen	77
c) Zwangsgeldanordnungen	77
d) Die Entscheidung <i>DHL Express France/Chronopost</i>	78
3. Zusammenfassung	79
IV. Prüfungscompetenz des Vollstreckungsstaates	80
1. Verordnungswortlaut	81
2. Verordnungübergreifende Systematik	82
a) Brüssel IIa-VO: Prüfungsverbot	82
b) EG-VollstrTitelVO: Unionsautonomes Rechtsmittel	83
c) EG-UntVO: Prüfungscompetenz Vollstreckungsstaat	83
3. Verordnungsgenese	84
4. Zusammenfassung	84
§ 4 Das Vollstreckungsverfahren	85
I. Vollstreckungsgewalt	85
1. Geldvollstreckung in bewegliche und unbewegliche Sachen	87
2. Geldvollstreckung in Forderungen	88
a) Meinungsstand	88
aa) Erlass des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses stets zulässig	89
bb) Vernünftige Nähebeziehung	89
cc) Wohnsitzstaat des Drittschuldners	89
dd) Gemeinsamer Wohnsitzstaat des Schuldners und des Drittschuldners	90
b) Stellungnahme	90
aa) Zwangsausübung durch Erlass des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses	91

bb) Forderungsbelegenheit	91
cc) Zwangsausübung gegenüber den beteiligten Personen.....	92
i) Zwangsausübung gegenüber dem Schuldner.....	92
ii) Zwangsausübung gegenüber dem Drittschuldner	93
c) Zusammenfassung.....	93
3. Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche als Geldforderungen.....	94
a) Vollstreckung von Herausgabeansprüchen	94
b) Vollstreckung vertretbarer Handlungen	94
c) Vollstreckung nicht vertretbarer Handlungen, Duldungen und Unterlassungen	96
II. Internationale Zuständigkeit.....	97
1. Regelungsgehalt des Art. 24 Nr. 5 Brüssel Ia-VO.....	97
a) Ausrichtung der Verordnung auf Streitige Verfahren?	98
b) Regelungsgehalt des Art. 55 Brüssel Ia-VO.....	99
c) Zweck des Art. 24 Nr. 5 Brüssel Ia-VO	100
d) Zusammenfassung.....	100
2. Internationale Vollstreckungszuständigkeit nach deutschem Recht	100
a) Geldvollstreckung in bewegliche und unbewegliche Sachen.....	101
b) Geldvollstreckung in Forderungen.....	101
c) Zwangsvollstreckung wegen anderer Ansprüche als Geldforderungen.....	102
III. Das anwendbare Vollstreckungsverfahrensrecht	103
1. Verfahrensrecht des Vollstreckungsstaates	103
a) Art. 41 Abs. 1 S. 1 Brüssel Ia-VO als Kollisionsnorm.....	103
b) Keine abweichenden Anknüpfungen.....	104
2. Modifikation der nationalen Vollstreckungsvoraussetzungen	106
a) Vollstreckungsantrag.....	106
b) Titel.....	107
aa) System Brüssel I: Vollstreckbarerklärung.....	107
bb) System Brüssel Ia: Titelsubstitution	108
cc) Übersetzung oder Transliteration.....	109
c) Bescheinigung.....	110
d) Modifikation des Zustellungserfordernisses.....	111
aa) System Brüssel I.....	111
bb) System Brüssel Ia	111
i) Unionsautonomes Zustellungserfordernis	112
ii) Zustellung innerhalb angemessener Frist vor der ersten Vollstreckungsmaßnahme	113
3. Rechtsbehelfe und Fehlerfolgen.....	114
a) Fehlende Anwendbarkeit der Verordnung	115
b) Fehlende, unzureichende oder falsche Bescheinigung	116

c) Fehlende oder verspätete Zustellung	116
4. Zusammenfassung	117
§ 5 <i>Erstreckung der Vollstreckbarkeit</i>	117
I. Systemwechsel	118
1. System Brüssel I: Neuverleihung der Vollstreckbarkeit	118
2. System Brüssel Ia: Anerkennungsmodell	119
II. Anerkennung als Wirkungserstreckung	120
1. Die Rechtskraftanerkennung als Wirkungserstreckung	121
2. Das Anerkennungsprinzip im Unionsrecht	122
3. Wortlaut, Systematik und Verordnungsgenese	123
4. Zusammenfassung	124
III. Modifikationsansätze zur Wirkungserstreckungslehre	124
1. Unionsautonome Vollstreckbarkeit	125
a) Kompetenz zur autonomen Regelung der Vollstreckbarkeit	125
b) Parallele zur unionsautonomen materiellen Rechtskraft	125
aa) Die EuGH-Entscheidung <i>Gothaer/Samskip</i>	126
bb) Übertragbarkeit der Entscheidungsgründe auf die Vollstreckbarkeit	127
c) Vorgaben der Verordnung	128
aa) System Brüssel I	129
bb) System Brüssel Ia	129
cc) Ausschließlichkeit der Regelungen zur vorläufigen Vollstreckbarkeit?	130
dd) Zusammenfassung: Keine Ausschließlichkeit	131
d) Rechtsaktübergreifende Systematik	132
aa) Unionsautonome Titel	132
bb) Nationale Titel	133
e) Zusammenfassung	134
2. Kumulationstheorien	134
a) Wirkungsbegrenzung	134
aa) Art. 41 Abs. 1 S. 1 Brüssel Ia-VO: Geltung der <i>lex fori executionis</i>	136
bb) Art. 54, 45 Brüssel Ia-VO: Lösung von Friktionen zwischen Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsverfahrensrecht	136
cc) Effektiver Rechtsschutz	137
dd) Der Zweck der Entscheidungsfreizügigkeit	138
ee) Prinzip des gegenseitigen Vertrauens	139
ff) Ergebnis	140
b) Wirkungserweiterung	140
IV. Zusammenfassung	141

Teil 3: Qualifikation	143
§ 6 <i>Voraussetzung und Methode der Qualifikation</i>	143
I. Voraussetzung der Qualifikation	143
1. Unterschiedliche Kollisionsnormen	144
2. Vollstreckungssystem Brüssel Ia	144
3. Ergebnis	145
II. Die unionsrechtliche Qualifikationsmethode	145
1. Der Qualifikationsvorgang	145
2. Der Grundsatz der autonomen Auslegung im System Brüssel I/Ia	146
3. Vollstreckungsverfahren und Vollstreckbarkeit	149
a) Wahrung der mitgliedstaatlichen Verfahrensautonomie	150
b) Effektiver Rechtsschutz	151
III. Zusammenfassung	152
§ 7 <i>Auslegung von Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsverfahren</i>	153
I. System Brüssel I: Vollstreckbarkeit als Voraussetzung der Vollstreckbarerklärung	154
1. Die abstrakte Vollstreckbarkeit	154
2. Das Recht des Vollstreckungsstaates im Übrigen	155
3. Zusammenfassung	156
II. System Brüssel Ia: Wirkungserstreckung	156
1. Auffassung in der Literatur	157
2. Eigener Auslegungsansatz	157
a) Materielles Recht und Verfahrensrecht	158
b) Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsverfahren	158
aa) Historisch-rechtsvergleichender Ansatz	158
bb) Verordnungswortlaut und Verordnungsgebungs- verfahren	159
cc) Recht auf ein faires Verfahren	160
3. Ergebnis: Titelbezug versus Zugriffsbezug	161
4. Anhaltspunkte zur Abgrenzung	161
a) Systematische Stellung im Verfahrensrecht	161
b) Einzelwirkung oder Gesamtwirkung	161
§ 8 <i>Vollstreckbarkeit</i>	162
I. Formelle Vollstreckbarkeit	162
1. Prüfung der formellen Vollstreckbarkeit	162
a) Rechtsvergleichende Betrachtung	163
aa) Deutschland und Österreich: Verbindliche Bestätigung	163

bb) Frankreich: Prüfung im Vollstreckungsverfahren	164
b) Lösungsansätze	165
aa) Herrschende Lehre: Überprüfbarkeit im Vollstreckungsstaat	165
bb) EuGH <i>Kyrian/Celni úřad Tábor</i> : Verbindlichkeit im Vollstreckungsstaat	166
cc) Vermittelnder Ansatz	167
c) Stellungnahme	168
d) Ergebnis	168
2. Vollstreckungstauglichkeit der Entscheidung	169
a) Art der Entscheidung	169
b) Betragsmäßige Beschränkungen	170
c) Bestimmtheit	170
aa) Anforderungen des Ursprungsstaates	170
bb) Qualifikation des § 54a Abs. 1 öZPO	171
i) Meinungsstand in Österreich	172
ii) Stellungnahme	172
3. Zeitlicher Aufschub	173
a) Rechtsvergleichende Betrachtung	173
aa) Anknüpfung des zeitlichen Aufschubs	173
i) Deutschland und Frankreich: Formelle Rechtskraft	174
ii) England und Wales: <i>time for compliance</i>	175
iii) Österreich: Formelle Rechtskraft und Leistungsfrist	176
bb) Vollstreckbarkeit vor Eintritt des aufschiebenden Ereignisses	177
i) Deutschland: Vorläufige Vollstreckbarkeit	178
ii) Frankreich: <i>L'exécution provisoire</i>	178
iii) Österreich: Sicherstellungsexekution	179
cc) Vergleichende Zusammenfassung	181
b) Vollstreckbarkeitsrechtliche Qualifikation	181
aa) Beispiel 1: Vollstreckung einer englischen Entscheidung in Deutschland	183
bb) Beispiel 2: Vollstreckung einer deutschen Entscheidung in Österreich	183
cc) Beispiel 3: Vollstreckung einer österreichischen Entscheidung in Deutschland	183
c) Abgrenzung zu vollstreckungsverfahrensrechtlichen Fristen	184
aa) Niederlande: <i>Exploit van een deurwaarder</i>	184
bb) Spanien: <i>Requerimiento de pago</i>	185
d) Ausstellung der Bescheinigung	186
4. Vollstreckung vor Eintritt der formellen Rechtskraft/Ablauf der Leistungsfrist	187
a) Rechtsvergleichende Betrachtung	187

aa)	Sicherheitsleistungen und Schadensersatzanspruch	188
i)	Deutschland: Gebundene Entscheidung	188
ii)	Frankreich: Ermessensentscheidung	189
iii)	Österreich: Sicherstellungsexekution gegen Sicherheitsleistung	189
bb)	Beschränkung auf Sicherungsmaßnahmen	190
i)	Deutschland: Sicherungsvollstreckung (§ 720a ZPO)	190
ii)	Österreich: Sicherstellungsexekution	191
cc)	Vergleichende Zusammenfassung	191
b)	Qualifikation	192
aa)	System Brüssel I	192
i)	AVAG, Rechtsprechung und herrschende Lehre: Ursprungsstaat	192
ii)	Vollstreckungsstaat	193
bb)	System Brüssel Ia	193
cc)	EG-VollstrTitelVO	194
dd)	Stellungnahme	195
i)	Keine Substitution ursprungsstaatlicher Anordnungen im Vollstreckungsstaat	195
ii)	Funktionszusammenhang	197
c)	Abgrenzung zu den Voraussetzungen einzelner Vollstreckungsmaßnahmen	197
aa)	Sicherungsmaßnahmen	198
bb)	Die französische <i>vente forcée</i>	198
d)	Die Bescheinigung nach Art. 53 Brüssel Ia-VO	200
aa)	Gläubigersicherheit	200
i)	System Brüssel I	200
ii)	System Brüssel Ia: Sicherheitsleistung bei Erteilung der Bescheinigung	201
bb)	Schuldnersicherheit	203
cc)	Beschränkung auf Sicherungsmaßnahmen	203
5.	Zeitliche Begrenzung der formellen Vollstreckbarkeit	203
a)	Rechtsvergleichende Betrachtung	204
aa)	Vollzugsfristen	204
bb)	Vollstreckungsverjährung	204
b)	Qualifikation von Vollzugsfristen	205
aa)	System Brüssel I	205
i)	Ablauf vor Vollstreckbarerklärung	205
ii)	Ablauf nach Vollstreckbarerklärung	206
bb)	System Brüssel Ia	207
c)	Qualifikation von Vollstreckungsverjährungsvorschriften	207
aa)	Meinungsstand	207
bb)	Stellungnahme	208

i)	Verordnungsübergreifende Auslegung: Art. 21 Abs. 2 EG-UntVO	209
ii)	Die Entwicklung der Verjährung als Anspruchsverjährung	209
iii)	Zweck der Vollstreckungsverjährungsvorschriften	210
iv)	Zusammenfassung	211
d)	Verfahren	211
6.	Einstellung und Aufhebung im Ursprungsstaat	212
a)	Abgrenzung zwischen vollstreckbarkeitsrechtlichen und vollstreckungsverfahrensrechtlichen Anordnungen	212
aa)	Meinungsstand	212
i)	Erkenntnisverfahrensbezug/Vollstreckungs- verfahrensbezug	213
ii)	Schuldnerbezug/Gegenstandsbezug	213
bb)	Stellungnahme: Titelbezug/Zugriffsbezug	214
i)	§ 765a ZPO	214
ii)	<i>Délai de grâce</i>	215
iii)	Normenmangel	216
b)	Verfahren	217
aa)	System Brüssel I	217
bb)	System Brüssel Ia	218
7.	Zusammenfassung	219
II.	Materielle Vollstreckbarkeit	219
1.	Abhängigkeit vom Eintritt einer Tatsache	220
a)	Rechtsvergleichende Betrachtungen	220
aa)	Deutschland: Qualifiziertes Klauselerteilungsverfahren (§ 726 ZPO) und Vollstreckungsverfahren	221
bb)	Zug-um-Zug-Verurteilungen in anderen Mitgliedstaaten	221
i)	Österreich	222
ii)	Frankreich	222
iii)	England und Wales	223
cc)	Vergleichende Zusammenfassung	223
b)	Behandlung im System Brüssel I	223
c)	Behandlung im System Brüssel Ia	224
aa)	Beispiel 1: Vollstreckung österreichischer Zug-um-Zug- Verurteilung in Deutschland	224
bb)	Beispiel 2: Vollstreckung deutscher Zug-um-Zug- Verurteilung in England	224
2.	Die Qualifikation der Vollstreckungsbefugnis	225
a)	Meinungsstand	225
aa)	Verfahrensrechtliche Qualifikation	226
bb)	Materiellrechtliche Qualifikation	227
b)	Stellungnahme	227

aa) § 888 Abs. 3 ZPO.....	228
bb) § 782 ZPO.....	228
3. Vollstreckbarkeitserstreckung.....	229
a) Rechtsvergleichende Betrachtung.....	229
aa) Deutschland: Titelübertragungsverfahren.....	229
bb) Österreich: Exekutionsbewilligungsverfahren.....	230
cc) Frankreich: Vollstreckungsverfahren.....	231
dd) England und Wales: <i>Permission of the court</i>	231
ee) Vergleichende Zusammenfassung.....	232
b) Qualifikation.....	232
aa) Vollstreckbarkeitserstreckung.....	232
bb) Beteiligtenwechsel.....	233
c) Verfahren.....	233
aa) System Brüssel I.....	233
bb) System Brüssel Ia.....	234
i) Deutschland als Ursprungsstaat.....	234
ii) Deutschland als Vollstreckungsstaat.....	234
4. Nachträgliche Einwendungen gegen den materiellen Anspruch.....	236
a) Ausgestaltung in den Mitgliedstaaten.....	236
aa) Deutschland: § 767 ZPO.....	237
bb) Österreich: Oppositionsklage.....	238
cc) Frankreich: <i>Opposition à exécution</i>	239
dd) England und Wales: <i>Application to set aside judgment</i>	239
ee) Vergleichende Zusammenfassung.....	240
b) Internationale Zuständigkeit in anderen Verordnungen.....	241
aa) System Brüssel I.....	241
bb) EG-VollstrTitelVO.....	243
cc) EG-UntVO.....	244
c) Internationale Zuständigkeit im System Brüssel Ia.....	244
aa) Meinungsstand.....	244
bb) Stellungnahme.....	246
i) Das Rechtsbehelfsverfahren als Teil des Vollstreckungsverfahrens.....	246
ii) Der Ursprungsstaat als Herr der Vollstreckbarkeit.....	247
iii) Effektiver Rechtsschutz.....	249
iv) Zusammenfassung.....	249
d) Anwendbares Recht.....	250
aa) Präklusionsregelungen.....	250
bb) Materielle Einwendungen.....	251
cc) Grenze der Prüfung materieller Einwendungen im Vollstreckungsstaat.....	252
e) Möglichkeit der Verfahrensverbindung.....	253
5. Zusammenfassung.....	253

§ 9 Vollstreckungsverfahren	254
I. Vollstreckungsmethoden.....	254
1. Rechtsvergleichender Überblick	255
a) Vertretbare Handlungen	255
aa) Deutschland und Österreich.....	255
bb) England und Wales.....	256
cc) Frankreich	256
dd) Vergleichende Zusammenfassung	257
b) Nicht vertretbare Handlungen und Unterlassungen.....	257
aa) Anordnungszeitpunkt	257
bb) Antragserfordernis.....	258
cc) Zwangsmittel.....	258
2. Maßgeblichkeit des Rechts des Vollstreckungsstaates	259
II. Regelungen zur Pfändbarkeit von Forderungen.....	260
1. Meinungsstand.....	260
2. Eigener Ansatz für das System Brüssel Ia.....	261
a) Effizienz des Zwangsvollstreckungsverfahrens	262
b) Verordnungsübergreifende Systematik	262
c) Zusammenfassung.....	262
III. Zugriff auf das Vermögen Dritter.....	263
IV. Kosten der Zwangsvollstreckung	263
1. Meinungsstand.....	264
2. Stellungnahme	264
V. Zusammenfassung.....	265

Teil 4: Friktionen zwischen Vollstreckbarkeit und Vollstreckungsverfahren

§ 10 Anpassung	267
I. Anpassung des Vollstreckungsverfahrensrechts	269
1. Diskriminierungsverbot	269
2. Grundsatz der praktischen Wirksamkeit (<i>effet utile</i>)	270
3. Zusammenfassung	271
II. Entscheidungsanpassung (Art. 54 Brüssel Ia-VO).....	271
1. Anwendungsbereich	272
a) Unbekannte Maßnahmen oder Anordnungen.....	272
aa) Handlungs- und Unterlassungsvollstreckung	274
i) Fehlende Zuständigkeit im Vollstreckungsverfahren	274
ii) § 888 Abs. 3 ZPO	275
bb) Zwangs- oder Ordnungsgeldbeschlüsse	275

cc) Sicherungsmaßnahmen	276
b) Fehlende Prüfungsbefugnis des Vollstreckungsorgans	278
aa) Fallgruppen	278
i) Bestimmtheit	278
ii) Abhängigkeit vom Eintritt einer Tatsache	280
iii) Vollstreckbarkeitserstreckung	281
bb) Meinungsstand	281
cc) Stellungnahme	282
i) Verordnungsgenese	282
ii) Ermöglichung grenzüberschreitender Zwangsvollstreckung	283
iii) Effektiver Rechtsschutz für den Gläubiger	283
iv) Ordnungsübergreifende Auslegung	283
v) Zusammenfassung	284
2. Die Grenzen der Anpassung	284
a) Art. 54 Abs. 1 S. 2 Brüssel Ia-VO	284
b) Anwendungsfall: <i>hypothèque judiciaire provisoire</i>	285
3. Anpassungsverfahren	287
a) Zuständigkeit	288
b) Geltung des Beibringungsgrundsatzes und Ermittlung ausländischen Rechts	289
c) Rechtsbehelfsverfahren	290
aa) Ablehnung des Antrags auf Vornahme einer Vollstreckungshandlung	290
bb) Vornahme der Anpassung	290
 § 11 Versagung der Vollstreckung	 291
I. Das Versagungsverfahren	292
II. Aspekte der Vollstreckbarkeit als <i>ordre public</i> -Verstoß	293
 Schluss	 295
I. Zusammenfassung	295
II. Ausblick	297
 Entscheidungsverzeichnis	 299
Literaturverzeichnis	317
Dokumentenverzeichnis	341
Sachverzeichnis	345

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
ABGB	Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (Österreich)
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (bis Februar 2003)
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (seit Februar 2003)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alter Fassung
AJCL	American Journal of Comparative Law
al.	alinéa
AUG	Gesetz zur Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Verkehr mit ausländischen Staaten (Auslandsunterhaltsgesetz)
AVAG	Gesetz zur Ausführung zwischenstaatlicher Verträge und zur Durchführung von Abkommen der Europäischen Union auf dem Gebiet der Anerkennung und Vollstreckung in Zivil- und Handelssachen (Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BMJ	Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Brüssel I-VO	VO (EG) Nr. 44/2001 vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EG 2001 L 12/1
Brüssel Ia-E	Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), 14.12.2010, KOM(2010) 748
Brüssel Ia-VO	VO (EU) Nr. 1215/2012 vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), ABl. EU 2012 L 351/1
BrüsselerÜ	Übereinkommen vom 27.9.1968 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EWG 1972 L 299/32
CC	Code civil (Frankreich)
CJQ	Civil Justice Quarterly
Clunet	Clunet, Journal du droit international

CMLR	Common Market Law Review
Comp. & Int. L. J. S. Afr.	Comparative and International Law Journal of Southern Africa
CC	Code civile (Frankreich)
CPC	Code de procédure civile (Frankreich)
CPCE	Code des procédures civiles d'exécution (Frankreich)
CPR	Civil Procedure Rules (England und Wales)
DIPrivé	Droit international privé
DIPublic	Droit international public
Dr. et proc.	Droit et procédures
EBLR	European Business Law Review
Edin. L. R.	Edinburgh Law Review
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EG-BagatellVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen, ABl. EU 2007 L 199/1, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2421/2015 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl. EU 2015 L 341/1
EG-MahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl. EU 2006 L 399/1, geändert durch die Verordnung (EU) Nr. 2421/2015 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens, ABl. EU 2015 L 341/1
EG-UntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen, ABl. EU 2009 L 7/1.
EG-VollstrTitelVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines Europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen, ABl. EU 2004 L 143/15
EG-ZustVO	Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates, ABl. EU 2007 L 324/79

EMRK	Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (Europäische Menschenrechtskonvention)
EO	Exekutionsordnung (Österreich)
Erg.-lfg.	Ergänzungslieferung
ERPL	European Review of Private Law
Erw.-gr.	Erwägungsgrund
EU	Europäische Union
EuR	Europarecht
EU-ErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABl. EU 2012 L 201/107
EU-InsVO	Verordnung (EU) Nr. 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.5.2015 über Insolvenzverfahren, ABl. EU 2015 L 141/19
EU-KPfVO	Verordnung (EU) Nr. 655/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontopfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen, ABl. EU 2014 L 189/59
EU-SchutzMVO	Verordnung (EU) Nr. 606/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die gegenseitige Anerkennung von Schutzmaßnahmen in Zivilsachen, ABl. EU 2013 L 181/4
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG-Vertrag	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FPR	Familie, Partnerschaft, Recht
FS	Festschrift
GA	Generalanwältin/Generalanwalt
GazPal	La Gazette du Palais
Germanien	Germanien, eine Zeitschrift für Staatsrecht, Politik und Statistik von Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GRUR-Prax	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Praxis im Immaterialgüter- und Wettbewerbsrecht
GS	Gedächtnisschrift

Hs.	Halbsatz
ICCLR	International Company and Commercial Law Review
ICLQ	International Comparative Law Quarterly
IHR	Internationales Handelsrecht
IJPL	International Journal of Procedural Law
IPRax	Praxis des internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JBl.	Juristische Blätter
JPIL	Journal of Private International Law
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JZ	Juristenzeitung
krit.	kritisch
LEC	Ley de Enjuiciamiento Civil (Spanien)
LQR	Law Quarterly Review
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Mich. Law Rev	Michigan Law Review
MittBayNot	Mitteilungen des Bayrischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MPI	Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
MüKo	Münchener Kommentar
NILR	Netherlands International Law Review
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NZ Fam	Neue Zeitschrift für Familienrecht
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
öBMJ	Bundesministerium für Justiz, Österreich
ÖJZ	Österreichische Juristenzeitung
ÖRPfl	Der Österreichische Rechtspfleger
Oxford J. Legal Stud.	Oxford Journal of Legal Studies
P.L.	Public Law
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdC	Receuil des Cours
Rev. crit. DIP	Revue critique de droit international privé
Riv. dir. int. priv. proc.	Rivista di diritto internazionale privato e processuale
Riv. dir. proc.	Rivista diritto processuale
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
RPfIE	Sammlung von Rechtsmittelentscheidungen in Exekutionssachen

Rpfleger	Der Rechtspfleger
RpflStud	Rechtspflegestudienheft
RTD civ	Revue trimestrielle de droit civil
RTD com	Revue trimestrielle de droit commercial et économique
RTD eur	Revue trimestrielle de droit européen
S.	Satz/Seite
s.	siehe
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz
TranspR	Transportrecht
v.	vom
VuR	Verbraucher und Recht
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WM	Wertpapiermitteilungen
YPIL	Yearbook of Private International Law
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZRHO	Rechtshilfeordnung für Zivilsachen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft
ZVI	Zeitschrift für Verbraucher-Insolvenzrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZPInt	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

I. Verfahrensrechtsvielfalt und unmittelbare Vollstreckbarkeit

Das Zivilverfahrensrecht der EU bleibt – abgesehen von Nischenbereichen – in 28 verschiedene Verfahrensrechtsordnungen zergliedert. Dies gilt sowohl für das Erkenntnisverfahren als auch für das Vollstreckungsverfahren. Ein einheitlicher europäischer Verfahrensrechtsraum existiert nicht,¹ wenn auch das Europäische Parlament jüngst Mindeststandards für das Zivilverfahrensrecht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union erwog.²

Gleichzeitig verblissen die Staatsgrenzen für die grenzüberschreitende Vollstreckung von Entscheidungen mit dem Ausbau der Titelfreizügigkeit weiter. Anlass zur Untersuchung bietet die am 10. Januar 2015 in Kraft getretene Brüssel Ia-VO – die Neufassung der Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen.³ Nach Art. 39 Brüssel Ia-VO darf eine Entscheidung, die in ihrem Ursprungsstaat vollstreckbar ist, in jedem anderen Mitgliedstaat unmittelbar vollstreckt werden. Damit verabschiedet das Unionsrecht das Exequaturverfahren als intermediäre Instanz zwischen Erkenntnisverfahren und Vollstreckungsverfahren für den Hauptbereich der zivilrechtlichen Entscheidungen in die Historie.

Durch das Zusammenspiel von Verfahrensrechtsvielfalt und unmittelbarer Vollstreckbarkeit entsteht bei der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung ein hybrides Rechtssystem.⁴ Während sich das Erkenntnisverfahren einschließlich der Entscheidungswirkungen nach dem Recht des Erststaates richtet, bestimmt das Recht des Zweitstaates über das Vollstreckungsverfahren. Das Unionsrecht gibt inmitten beider nationaler Rechtsordnungen vor, unter welchen Voraussetzungen Entscheidungen grenzüberschreitend vollstreckbar sind.

¹ *Muir Watt*, in: *Quelle cohérence pour l'espace judiciaire européen* (2004), S. 1, 2; *Pizzorni*, *Riv. dir. int. priv. proc.* 2011, 1025, 1039.

² *Europäisches Parlament*, Arbeitsdokument – Entwicklung gemeinsamer Mindeststandards des Zivilverfahrens in der Europäischen Union – Rechtsgrundlage, 21.12.2015, PE572.853v01-00.

³ Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Neufassung), ABl. EU 2012 L 351/1.

⁴ Vgl. zu hybriden Rechtslagen *Pfeiffer*, in: *FS Kropholler* (2008), S. 175.